

Lokales Handlungskonzept gegen Antisemitismus Gelsenkirchen

Wer, wenn nicht wir?

Antisemitismus ist in Deutschland nach wie vor Alltag und keineswegs eine Randerscheinung. Als Demokrat*innen ist es unsere Pflicht, jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine deutliche und unbeugsame Haltung entgegen zu setzen. Deswegen hat die Stadt Gelsenkirchen im Juni 2023 ein lokales Handlungskonzept gegen Antisemitismus auf den Weg gebracht.

> Adrianna Gorczyk

Zuvorderst sind es die Menschen jüdischen Glaubens, deren Leben durch Antisemitismus beeinträchtigt und bedroht wird. Aber auch für eine offene Gesellschaft ist nicht hinnehmbar, dass Menschen aus ihrer Mitte angegriffen und das friedliche Miteinander gefährdet wird. Insbesondere auf kommunaler Ebene, wo der Blick auf das Phänomen Antisemitismus und die Entwicklung von Handlungsoptionen sehr konkret erfolgt, muss es gelingen, sich entschieden entgegen zu stellen und ein starkes Signal zu senden.

Jüdisches Leben in der Stadt als Ausgangspunkt

Gelsenkirchen hat das Handlungskonzept nicht eingeführt, weil die Stadt von Antisemitismus stärker betroffen wäre als andere Kommunen. Den Ausschlag gab vielmehr, dass Gelsenkirchener*innen jüdischen Glaubens trotzdem regelmäßig mit Antisemitismus in ihrem Alltag konfrontiert sind.¹ „Deutschland niemals meine Heimat, weil ich anders bin“ rappt die jüdische Jugendgruppe Chesed aus Gelsenkirchen – das ist die Perspektive der Betroffenen. Sie steht richtigerweise am Anfang des Handlungskonzepts. Politik und Zivilgesellschaft haben sich gemeinsam dazu entschieden, aktiv und verantwortlich gegen Ahnungslosigkeit und Ohnmachtsgefühl und für das sichere und gleichberechtigte Zusammenleben in unserer Stadt einzutreten. Damit ist Gelsenkirchen nach Düsseldorf die zweite Kommune in Nordrhein-Westfalen, die ein solches Konzept einführt.

Die Entwicklung des Konzepts

Einen beklemmenden und nachhallenden Eindruck haben die unerträglichen Ereignisse vom 12. Mai 2021 hinterlassen: Eine Menschenmasse näherte sich der gerade noch rechtzeitig polizeilich gesicherten Synagoge in Gelsenkirchen und skandierte antisemitische und menschenfeindliche Parolen. Einmal mehr mussten die Jüd*innen in unserer Stadt sich massiv bedroht sehen und erfahren, dass sie hierzulande nicht angstfrei leben und sich nicht selbstverständlich entfalten können.

Zu diesem Zeitpunkt war die Entwicklung des Handlungskonzepts bereits angestoßen: Die kommunale Fachstelle „demokratie.bewegen“ bildete zu Beginn einen Arbeitskreis aus lokalen Expert*innen der Präventionsarbeit. Dieser ermittelte Problemlagen und Bedarfe und begleitete später den gesamten Prozess der Konzepterstellung. Anschließend führte die kommunale Fachstelle Interviews mit Akteur*innen aus den einzelnen Themenfeldern. So konnte sie Handlungsbedarfe und mögliche Ziel- und Maßnahmenentwicklungen festlegen.

Die Fachstelle kooperierte dabei mit dem Verein Bagrut, der für die fachliche Expertise ausdrücklich von der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus Nordrhein-Westfalen empfohlen worden war.² Insbesondere in der Umsetzungsphase des Handlungskonzepts soll der für alle möglichen Betroffenen offene Arbeitskreis dann zielgrup-

penspezifische Maßnahmen weiterentwickeln. Das soll unter Einbeziehen des kommunalen Integrationsrates geschehen, sodass möglichst ein Querschnitt der Gesellschaft in den Entscheidungsprozess einbezogen wird. Die Kosten der Erstellung des Handlungskonzepts beliefen sich auf 8.000 Euro und wurden mit Fördermitteln des Landesprogramms „NRW weltoffen“ finanziert.

Die Inhalte: Bildung, Verwaltung und Gemeinschaft

Das Handlungskonzept richtet sich mit seinen Maßnahmenempfehlungen unter anderem an Schulen. Dort soll es neben der allgemeinen Sensibilisierung für Antisemitismus konkrete, themenzentrierte Unterrichtsangebote sowie eine „kritische Auseinandersetzung mit Verschwörungserzählungen und ihrem antisemitischen Gehalt“ geben. Außerdem stellt das Konzept die Bedeutung der Elternarbeit heraus. Es empfiehlt geschulte Ansprechpersonen zu etablieren, die bei antisemitischen Vorfällen zu Rate gezogen werden können.

Im Verwaltungsbereich wird das Intensivieren von Fortbildungen und Fachtagungen angestrebt. Ein Facharbeitskreis Antisemitismus im kommunalen Präventionsrat könnte eine zusätzliche Maßnahme sein. Mit der Verabschiedung des Handlungskonzeptes wurde gleichzeitig eine gemeinsame Definition von Antisemitismus beschlossen, welche nun als Arbeitsgrundlage verbindlich für die von der Stadt geförderte Präventi-

onsarbeit und die darin engagierten Akteur*innen gilt. Als Grundlage dient die von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) vorgelegte Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Diese ist praxisnah und wurde offiziell unter anderem von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen sowie der Bundesregierung anerkannt und für die kommunale Anwendung empfohlen. Des Weiteren wird durch verschiedene Maßnahmen eine offensive Auseinandersetzung mit und eine Stärkung der Zivilcourage gegen Antisemitismus angestrebt.

Kontroversen und Meinungen bei der Verabschiedung

Vor der Verabschiedung des lokalen Handlungskonzeptes gegen Antisemitismus im Rat der Stadt Gelsenkirchen wurden auch hiervon deutlich abweichende Meinungen geäußert und der Beschluss letztlich gegen die Stimmen der AfD, AUF, Teilen der Linke und der WIN getroffen. Mit rechtspopulistischer Rhetorik und eindeutigen Schuldzuweisungen gegenüber Zugewanderten muslimischen Glaubens fiel die rechtsaußen stehende lokale AfD auf. Sie sprach unter anderem von „importierten ethnischen Konflikten“, mit denen sich das Konzept aufgrund des „woken Zeitgeistes“ angeblich nicht befasse. Dieser Vorwurf wurde schnell als unhaltbar entlarvt, sieht das Handlungskonzept doch ausdrücklich die Auseinandersetzung mit „Nahostkonflikt“ und israelbezogenem Antisemitismus vor. Die Linke sowie die Splitterpartei „Wahlbündnis AUF Gelsenkirchen“ entzündeten ihre Kritik an der Tatsache, dass ihre Parteien eine namentliche Erwähnung in der Analyse des Konzepts fanden und fühlten sich durch die Stadtverwaltung verunglimpft. Die gestellten Änderungsanträge, um die Problematik von Antisemitismus im linken Spektrum keine Erwähnung finden zu lassen, wurden mehrheitlich abgelehnt. Die Wähler Initiative Nordrhein-Westfalen (WIN) beanstandete, dass der Kreis der Akteur*innen bei der Erarbeitung des Konzepts nicht transparent und zu verengt gewesen sei und sah zudem eine zu starke Betonung von Muslim*innen.



Die Synagoge in Gelsenkirchen

Foto: erge / Pixabay

Jüdisches Leben sichtbar machen für Prävention und Teilhabe

In der Ausrichtung des Handlungskonzepts wird unseres Erachtens hingegen sehr deutlich, dass Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen begriffen und in all seinen Ausprägungen und Dimensionen betrachtet wird.

Nur auf dieser Basis kann eine umfassende kommunale Strategie gegen Antisemitismus gelingen, die möglichst keine blinden Flecken hat und auf aktuelle Entwicklungen reagieren kann. Dabei ist entscheidend, die identitäts- oder sinnstiftende Funktion antisemitischer Erklärungsmuster in den Blick zu nehmen und bewusst zu machen, denn je mehr wir als Stadtgesellschaft über das Phänomen verstehen, umso mehr erkennen wir es als solches, wird es benannt und wird eingegriffen. Dazu gehört natürlich auch, dass wir verlässliche Strukturen für die Vernetzung, Unterstützung von Betroffenen, die Beratung und Bildung und natürlich auch für die Intervention vorhalten, fördern und vor allem transparent machen. Damit alle, die sich im Kampf gegen Antisemitismus engagieren, wissen, wohin sie sich wenden können, um Verbündete

und Hilfe zu finden. Genauso wichtig für die Präventionsarbeit ist es, jüdisches Leben sichtbarer zu machen und Begegnungen mit Jüd*innen zu ermöglichen, damit ihre Lebensweise als selbstverständlicher Teil der Stadtgesellschaft wahrgenommen wird.

- 1) Nach Auskunft des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen stieg die statistisch erfasste Anzahl antisemitischer Straftaten von 276 im Jahr 2020 auf 437 im Jahr 2021. Für das Jahr 2022 wurden für das erste Halbjahr bisher 146 antisemitische Straftaten gezählt. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW) spricht in ihrem Jahresbericht für das Jahr 2022 von 264 dokumentierten antisemitischen Vorfällen, das heißt durchschnittlich fünf pro Woche.
- 2) Bagrut e. V. ist ein gemeinnütziger Verein mit Schwerpunkt Demokratiebildung und Antisemitismusprävention: [bagrutde.wordpress.com](https://www.bagrutde.wordpress.com)

> Adrianna Gorczyk ist 36 Jahre alt und ihr halbes Leben lang Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen. Mit der Kommunalwahl 2020 ist sie erstmalig in den Rat der Stadt Gelsenkirchen eingezogen und seitdem Co-Fraktionsvorsitzende der Grünen Ratsfraktion.